



Unfallschwerpunkt Sürenheider Straße / Am Hüttenbrink: Im Schnitt kam es hier pro Jahr zu sechs Unfällen, vornehmlich mit Radfahrern. Provisorisch wurde daher bereits 2016 die Verkehrsführung für Radfahrer geändert: Sie haben keine Vorfahrt mehr, sondern müssen ihre Furt verlassen, einen Schwenk zum Fußgängerüberweg machen. FOTO: NW

Bürgerinitiative erteilt Stadt eine Klatsche

Streit: Gütersloh möchte in die Arbeitsgemeinschaft Fußgänger- und Fahrradfreundlicher Städte aufgenommen werden. Andere wollen das verhindern und ergreifen unkonventionelle Maßnahmen

Von Jeanette Salzmann

■ **Gütersloh.** „So einen Antrag hat es noch nicht gegeben“, soll Oberamtsrat Peter London (CDU) vom Verkehrsministerium NRW gesagt haben, als er das Schreiben von der Arbeitsgemeinschaft Verkehrsfreundliche Städte Gütersloh am 21. Februar auf dem Kongress der Arbeitsgemeinschaft Fußgänger- und Fahrradfreundlicher Städte (AGFS) in Essen entgegennahm. Der Vorgang scheint skurril, denn in den Händen hielt London die schriftliche Aufforderung, das Aufnahme-Ersuchen der Stadt Gütersloh um eine Mitgliedschaft bei der AGFS für 2019 abzulehnen. Heißt im Klartext: Die Stadt will in das Kompetenz-Netzwerk für Fahrradfreundliche Städte aufgenommen werden, die Bürgerinitiative mit denselben Zielen möchte das verhindern. Warum? „Wir setzen uns seit mehr als fünf Jahren für eine Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrende und Fußgänger in der Stadt und im Kreis Gütersloh ein“, heißt es im Schreiben an den Oberamtsrat, „Leider wurden wir bei der Begehung im Rahmen des Aufnahme-Verfahrens vor

Ort nicht beteiligt. Wir würden die Aufnahme-Kommission gerne auf die Stellen hinweisen, die wir seit Jahren bemängeln.“ Und die seit Jahren wenig bis gar kein Gehör fanden. Eine Dokumentation von 21 Vorfällen wurde dem Oberamtsrat als Anlage mitgereicht mit der Bitte, „den Aufnahmeantrag der Stadt Gütersloh zurückzustellen und vor einer möglichen Aufnahme in die AGFS wesentliche Verbesserungen der Verkehrssituation in Gütersloh einzufordern.“

Beispiel: Einer der Anlagepunkte ist die Ausarbeitung der Sürenheider Straße / Am Hüttenbrink. In den vergangenen Jahren, speziell zwischen 2013 und 2015, war diese Stelle ein Unfallschwerpunkt gewesen. Im Schnitt kam es dort pro Jahr zu sechs Unfällen, vornehmlich mit Radfahrern. Provisorisch wurde daher bereits 2016 die Verkehrsführung für Radfahrer geändert: Sie haben keine Vorfahrt mehr, sondern müssen ihre Furt verlassen, einen Schwenk zum Fußgängerüberweg machen, dort an einem Stopp-Zeichen halten und den abbiegenden Autos und Lastwagen Vorrang gewähren. Eine Unfallkommission aus Kreis, Stadt, Landes-

behörde und Polizei hat sich mit der Situation vor Ort beschäftigt und inzwischen auf eine Ampel-Lösung verständigt. Sie sei die sinnvollste. Die Kosten werden mit 300.000 Euro kalkuliert, ein Betrag, den komplett das Land übernimmt. Die Bürgerinitiative Verkehrswende sieht das Geld trotzdem als verschwendet an, wäre die Stadt bereit gewesen eine simple Lösung anzuwenden: „Die Spurführung Am Hüttenbrink muss von doppelt auf einfach reduziert werden“, mehr bedürfe es nicht, Untersuchungen und Statistiken hierzu lägen hinreichend vor. Immer wieder habe man darauf verwiesen. Vergebens.

20 Experten werden im Sommer durch Gütersloh streifen

Die Stadtverwaltung Gütersloh hat sich indes viel Mühe gegeben, um Mitglied in der AGFS zu werden. 2.500 Euro kostet der Beitrag pro Jahr. Dafür gibt's im Gegenzug exklusiven Zugang zu Fördermitteln, Hilfestellung bei Fragen der Nahmobilität, sowie Einladungen zu Workshops, Ex-

kursionen oder Kongressen.

Im vergangenen August hat das Rathaus eine schriftliche und umfangreiche Bewerbung beim Ministerium eingereicht. Im zweiten Schritt war am 7. Januar die Auswahlkommission zur Vorbereitung in Gütersloh. „In der Kommission sind zwei Vertreter des Ministeriums für Verkehr des Landes NRW und ein Vertreter der Bezirksregierung Detmold“, erklärt Susanne Zimmer, Sprecherin der Stadt Gütersloh. Die Auswahlkommission habe sich mit Hilfe einer Präsentation der Rad- und Fußverkehrsförderung in Gütersloh, einem Stadtpaziergang und einer Fahrradtour einen Gesamteindruck gemacht. Im dritten Schritt, den jede Kommune durchlaufen muss, wird eine etwa 20-köpfige Expertenkommission nach Gütersloh kommen. Die so genannte Hauptbereisung soll im Sommer 2019 stattfinden. „Ein genauer Termin steht noch nicht fest“, so Zimmermann. Über die Aufnahme werde erst nach der Hauptbereisung entschieden.

87 Mitglieder zählt die AGFS aktuell. Ob Gütersloh Nummer 88 wird, ist also ungewiss. „Die Stadt sei noch nicht

so weit, dass sie aufgenommen werden könne“, soll Peter London den Mitgliedern der Bürgerinitiative in Essen gesagt haben. Gütersloh müsse erst noch liefern. Auf Nachfrage der NW heißt es aus dem Verkehrsministerium NRW: „Aufgrund der vorliegenden Unterlagen und nach der Vorbereitung seien Chancen für die Aufnahme gegeben.“ Die Forderung der Bürgerinitiative sieht man im Ministerium hingegen sportlich. Kritische Hinweise von Dritten seien nicht ungewöhnlich, „sie können sogar hilfreich für die Begutachtung der Bewerberstadt durch die AGFS-Auswahlkommission sein. Und wenn es in 2019 nicht klappt, dann vielleicht in 2020? „Ja, die Chance bestünde“, heißt es aus Düsseldorf.

Vielleicht sind Signale aus dem Wahlkreis Erkelenz (Peter London) nach Gütersloh gedrungen, vielleicht ist es Zufall. Die CDU-Fraktion will die Stadtverwaltung auffordern, einen intermodalen Masterplan „Mobilität Gütersloh 2030“ zu erarbeiten. Er soll alle Verkehrsarten und absehbaren Trends berücksichtigen. Morgen ab 17 Uhr steht das Thema auf der Tagesordnung des Planungsausschusses.